

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1 9 7 8  
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE  
PROTOKOLL

della <sup>194</sup> seduta tenuta a BOLZANO il giorno 4. Juli 1978  
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am .....

Presiede il PRESIDENTE:  
Vorsitz des PRÄSIDENTEN:

Prof. Decio Molignoni  
Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI:  
Beisitz der SEKRETÄRE:

Rosa Franzelin-Werth  
Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI:  
Abwesende ABGEORDNETE:

Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)  
Ing. Pietro Mitolo (entsch.)  
Fabio Rella (entsch.)  
Alfons Rigott (unentsch.)  
Dr. Karl Vaja (entsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Behandlung der Tagesordnung vom 15. Juni und folgenderfortzufahren. Auf die Tagesordnung wurden noch folgende Punkte gesetzt:

16. Landesgesetzentwurf Nr. 287/78: "Änderungen und Ergänzungen zum Art. 11 des Landesgesetzes vom 31. August 1974, Nr. 7: Schulausspeisungen";
17. Landesgesetzentwurf Nr. 291/78: "Verlängerung der Wirksamkeit der gastgewerblichen Einstufung 1977-78";
18. Landesgesetzentwurf Nr. 262/78/bis: "Einführung von Lehrgängen zur beruflichen Ausbildung der Alten- und Familienhelfer";
19. Landesgesetzentwurf Nr. 292/78: "Änderung des Landesgesetzes vom 6. September 1976, Nr. 41: Rechtsordnung der Fremdenverkehrsorganisationen, Übertragung von Befugnissen an die Bezirksgemeinschaften, Errichtung der Beratungsorgane für Fremdenverkehr und Auflösung des Landesfremdenverkehrsamtes".

Die Sitzung beginnt um 9.45 Uhr.

Nach Verlesung und Genehmigung der Protokolle der 192. und 193. Landtagssitzung vom 28. bzw. 29. Juni 1978, gelangt die Anfrage 389/78, eingebracht vom Abg. Erschbaumer, am 19.6.1978, betreffend den Volkswohnbau, zur Verlesung. Der Präsident verliest dazu eine schriftliche Beantwortung von Seiten des Landesrates Mayr; während eine weitere schriftliche Beantwortung von Seiten des LR Benedükter, um die Anfrage erschöpfend zu beantworten, in einer der nächsten Sitzungen zur Verlesung gelangt.

Der Präsident teilt nun mit, daß er betreffend die Anerkennung des ASGB als repräsentativste Gewerkschaft (Beschlusantrag der SVP) von Seiten des ASGB weitere Unterlagen erhalten habe, die er demnächst an die Fraktionssprechern zur Einsichtnahme weiterleiten werde. Er ersucht den Abg. Müller, sich mit den übrigen Fraktionssprechern über einen Termin für eine gemeinsame Fraktionssprechersitzung zu einigen.

Man fährt nun mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 14) der Tagesordnung: Beschlusantrag Nr. 44/78: eingebracht durch den Abg. Willi Erschbaumer, am 16. Juni 1978, betreffend die Verwirklichung des Koalitionsabkommens.

Der Präsident verliest den Beschlusantrag, während der Abg. Erschbaumer den Beschlusantrag ausführlich erläutert und der Landesregierung viele Versäumnisse vorwirft: z. B. unterlasse sie es meistens, Gesetzentwürfe vor den Landeswirtschafts- und Sozialbeirat zu bringen; damit betrüge man die Bevölkerung. Weiters habe man den Naturpark Sexten nicht realisiert, über 1.000 Berghöfe wären ohne elektrischen Stromanschluß, der Koordinator der RAI sei nicht/ <sup>mit</sup> den Kompetenzen ausgestattet. die ihm ursprünglich zugesichert wurden und über-

haupt betreibe die SVP Partei- und Machtpolitik. Abschließend betont Erschbaumer, daß das Koalitionsabkommen doch etwas zu optimistisch formuliert gewesen sei, denn ein hoher Prozentsatz an Vorhaben seien bloße Versprechen gewesen. Das Wahlprogramm der SPS hingegen ist nicht nur ein bloßes Versprechen geblieben, sondern wurde Punkt für Punkt realisiert.

Nach einer kruzigen Wortmeldung durch den Präsidenten, der von Erschbaumer eine Präzisierung bezüglich des Pressesorgans des Landtages und der Landesregierung verlangte, ergreift Abg. Stecher als erster das Wort. Er betont, man habe den Eindruck, daß Erschbaumer ein wahres Sündenregister aufgestellt habe und daß das Koalitionsabkommen nicht verwirklicht würde. Die KPI habe bereits vor 4 Jahren gegen das Koalitionsabkommen gestimmt, weil es zu wenig Schwerpunkte aufwies, und weil sie auch nicht interpelliert wurde. Daher werde er sich auch der Stimme enthalten.

Der Abg. Bertorelle ist der Auffassung, daß Erschbaumer eher einen Mißtrauensantrag an die Landesregierung einbringen hätte müssen, da alle angeblichen Versäumnisse des Koalitionsabkommens aufgezählt werden. Auf jeden Fall könne Erschbaumer von der DC, die ja das Koalitionsabkommen mitunterschieden habe, nicht verlangen, daß sie dem Beschlußantrag zustimme.

Der Abg. Müller bezeichnet ebenfalls den Beschlußantrag Erschbaumers als einen Mißtrauensantrag gegen die Landesregierung, weil darin Dinge aufgezählt werden, die nicht verwirklicht werden konnten. Wohl habe es aber Erschbaumer unterlassen, aufzuzeigen, was vom Koalitionsabkommen an Positivem verwirklicht wurde. Abgesehen davon brauche Erschbaumer nur den Bericht Magnagos zum Haushalt 1978 durchzulesen; darin sei alles aufgezählt, was die Landesregierung in den letzten 4 Jahren geleistet habe. Müller nimmt nun auch noch auf einige von Erschbaumer aufgeworfene Fragen, wie Naturpark Sexten, Bergelektrifizierung und Straßenbau, bezug. Die SVP werde selbstverständlich gegen den Beschlußantrag stimmen.

Der Abg. Nicolodi teilt mit, daß sich seine Partei der Stimme enthalten werde, da sie seinerzeit das Koalitionsabkommen mitunterschieden habe, aber vorzeitig aus der Koalition ausgeschieden sei. Die Aufgabe der Opposition sei es, das was gemacht wurde und das, was nicht gemacht wurde, aufzuzeigen.

Der Präsident nimmt bezug auf die Äußerungen Erschbaumers betreffend das Presseorgan des Landtages und der Landesregierung und betont, daß der Landtag nicht in der Lage sei, für das Nichtfunktionieren des Presseamtes der Landesregierung verantwortlich gemacht zu werden. Er werde jedenfalls gegen den Beschlußantrag stimmen.

Der Abg. Erschbaumer ergreift nun als Sprecher seiner Fraktion das Wort, dankt seinen Vorrednern und betont unter anderem, daß die Landesregierung nicht Vorhaben ins Koalitionsabkommen hätte aufnehmen können, die sie gemäß ihren Kompetenzen gar nicht verwirklichen könne.

Da sich kein Redner mehr zu Wort meldet, verzichtet Erschbaumer auf seine ihm durch die GO eingeräumte Möglichkeit, noch einmal 10 Minuten zum Beschlußantrag Stellung zu nehmen.

Der Beschlußantrag wird nun mit 1 Ja-Stimme und 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 15 der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 234/78/bis: "Ermächtigung zur Ausübung des Hebammenberufes mit im Ausland erworbenem Studientitel".

Zur Geschäftsordnung ersucht Abg. Nicolodi, daß die von der zuständigen Kommission wiedereingebrachten Gesetzentwürfe, die in der ersten Fassung von der Zentralregierung abgelehnt wurden, in Originalfassung und in neuer Fassung (in zwei Kolonnen) veröffentlicht werden sollten, damit die Abgeordneten die Möglichkeit hätten, die eventuellen Neuerungen sofort festzustellen.

Der Abg. Nicolodi nimmt zu Art. 37 der GO Stellung und betont, daß im Falle einer Rückverweisung eines genehmigten Gesetzes im Sinne des Art. 57 des Einheitstextes der Verfassungsgesetze im Autonomiestatut, der Präsident des Landtages den Gesetzentwurf an die zuständige Kommission zu schicken habe, nicht die Landesregierung sei kompetent, den Begleitbericht zu verfassen, wie dies in der Praxis fälschlicherweise geschehe. Dazu betont der Abg. Dubis, daß der Gesetzentwurf in der von der Landesregierung vorgelegten Fassung von der Kommission einstimmig beschlossen wurde.

Nicolodi betont, daß der Begleitbericht zum wiedereingebrachten Gesetzentwurf immer vom Kommissionspräsidenten zu verfassen sei, wie es in der Region auch geschehe. Ob dann die Kommission vom zuständigen Landesrat einen Bericht zur Kenntnis nehmen will und diesen sich dann zu eigen macht, sei ihre Angelegenheit, auf jeden Fall sei die jetzt im Landtag gehandhabte Praxis nicht mit der GO in Einklang zu bringen. Nach Wortmeldungen durch Neuhauser, Dubis und Erschbaumer gelangt nun der Bericht der Landesregierung nicht zur Verlesung, während der Abg. Bertorelle mitteilt, daß die Kommission den Gesetzestext einstimmig genehmigt habe.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt mit Stimmeneinhelligkeit.

Art. 1: der Abg. Stecher betont, daß seine Partei bereits der ersten Verabschiedung für den Gesetzentwurf gestimmt habe und bei es sich hier praktisch um einen Beharrungsbeschluß handle.

Die 2 Artikel werden mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt. Der  
Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit wird nun von 26 Abstimmenden  
mit 26 Ja-Stimmen genehmigt.

Ende der Sitzung um 12.25 Uhr.

DIE SEKRETÄRE:

- Rosa Franzelin-Werth - *R Franzelin*
- Dr. Anselmo Gouthier (abwesend)
- Toni Kiem - *TK*

DER PRÄSIDENT:

- Prof. Decio Mognoni -

*Decio Mognoni*

/tr

-----

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA  
GESETZGEBUNGSPERIODE 1 9 7 8

PROCESSO VERBALE  
PROTOKOLL

della 194. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 4 luglio 1978  
der 194. Sitzung, abgehalten in BOZEN am 4. Juli 1978

Presiede il PRESIDENTE:  
Vorsitz des PRÄSIDENTEN:

Prof. Decio Mognoni  
Dott. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI:  
Beisitz der SEKRETÄRE:

Rosa Franzelin-Werth  
Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI:  
Abwesende ABGEORDNETE:

Avv. Anselmo Gouthier (giust.)  
Ing. Pietro Mitolo (giust.)  
Fabio Rella (giust.)  
Rigott Alfons (ingiust.)  
Dott. Karl Vaja (giust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire nella trattazione dell'ordine del giorno del 15 giugno u. sc., al quale sono stati aggiunti i seguenti punti:

- 16) Disegno di legge provinciale n. 287/78: "Modifiche ed integrazioni all'art. 11 della legge provinciale 31 agosto 1974, n. 7: refezioni scolastiche";
- 17) disegno di legge provinciale n. 291/78: "Proroga dell'efficacia della classificazione alberghiera 1977-78";
- 18) Disegno di legge provinciale n. 262/78/bis: "Istituzione di corsi di preparazione professionale per assistenti geriatrici e familiari";
- 19) Disegno di legge provinciale n. 292/78: "Modifica della legge provinciale 6 settembre 1976, n. 41: "Ordinamento delle organizzazioni turistiche, delega funzioni alle comunità comprensoriali, istituzione degli organi consultori nella materia del turismo e soppressione dell'ente provinciale per il turismo".

Dopo la lettura e l'approvazione dei processi verbali della 192<sup>a</sup> e 193<sup>a</sup> seduta risp. del 28 e del 29 giugno 1978, il Vicepresidente dá lettura dell'interrogazione n. 389/78, presentata dal consigliere Erschbaumer il 19.6.1978, concernente l'edilizia abitativa popolare. Dopo aver dato lettura della risposta scritta fornita dall'Assessore Mayr, il Presidente comunica che nei prossimi giorni dovrà pervenire un'ulteriore risposta scritta dell'Assessore Benedikter, con la quale l'interrogazione verrà trattata in modo esauriente.

A questo punto il Presidente comunica che per quanto concerne il riconoscimento dell'ASGB quale sindacato piú rappresentativo dei lavoratori di lingua tedesca e ladina (mozione dell'SVP), gli é pervenuta altra documentazione, che egli invierá prossimamente ai capigruppo perché né prendano atto. Egli invita inoltre il consigliere Müller a concordare un termine con gli altri capigruppo per convocare il collegio dei capigruppo.

Il Consiglio riprende quindi la trattazione dell'ordine del giorno.

Punto 14) all'ordine del giorno: "Mozione n. 44/78, presentata dal consigliere provinciale Willi Erschbaumer, il giorno 16 giugno 1978, concernente la realizzazione dell'accordo di coalizione".

Il Presidente dá lettura della mozione. Nella sua circostanziata illustrazione, il consigliere Erschbaumer muove numerose critiche alla Giunta provinciale. Egli osserva che nella maggior parte dei casi i disegni di legge non vengono sottoposti al CESP e che in tal modo si aggira la popolazione. Il parco delle dolomiti di Sesto non é stato realizzato, oltre 1.000 masi montani non sono provvisti di energia

elettrica, al coordinatore della RAI non sono state assegnate le competenze che gli erano originariamente state assicurate. Dopo aver osservato che l'SVP pratica una politica di potere e di partito, il consigliere Erschbaumer fa rilevare che l'accordo di coalizione era stato formulato in modo troppo ottimistico; infatti, gran parte di questo programma é rimasto lettera morta. Concludendo, egli sottolinea che il programma dell'SPS é stato invece realizzato in ogni punto e che ci si é costantemente impegnati per far sí che questo programma non sia solo una promessa.

Dopo un breve intervento del Presidente Molignoni, che chiede al consigliere Erschbaumer una precisazione per quanto concerne il bollettino di informazione del Consiglio e della Giunta provinciale, prende la parola il consigliere Stecher. Egli dichiara che si ha l'impressione che il consigliere Erschbaumer abbia predisposto un vero e proprio registro di mancanze che hanno impedito la realizzazione dell'accordo di coalizione. Dopo aver osservato che il suo partito già 4 anni orsono aveva votato contro tale accordo perché in esso erano state stabilite troppo poche priorità e il PCI non era stato consultato, egli comunica che si asterrá dal voto sulla mozione in parola.

Il consigliere Bertorelle é d'opinione che, avendo il consigliere Erschbaumer elencato tutti i punti presumibilmente non realizzati dell'accordo di coalizione, sarebbe stato piú opportuno che egli presentasse una mozione di sfiducia. Egli conclude dichiarando che in ogni caso il consigliere Erschbaumer non puó pretendere che la DC dia il proprio assenso a questa mozione, dal momento che essa ha aderito all'accordo di coalizione.

Nel prendere la parola, anche il consigliere Müller osserva che la mozione del consigliere Erschbaumer puó essere interpretata come una mozione di fiducia, in quanto essa riporta tutti i punti dell'accordo che non si sono potuti realizzare. Egli sottolinea tuttavia che il consigliere Erschbaumer ha dimenticato di elencare quanto é invece stato realizzato e, a prescindere da ciò, il consigliere Erschbaumer potrebbe leggere la relazione del Presidente Magnago al bilancio di previsione per il 1978, nella quale sono riportate tutte le iniziative realizzate dalla Giunta negli ultimi 4 anni. Il consigliere Müller prende infine posizione su alcune questioni sollevate dal consigliere Erschbaumer, quali il Parco naturale delle dolomiti di Sesto, l'elettrificazione delle zone montane e la costruzione di strade e conclude dichiarando che l'SVP voterá ovviamente, contro questa mozione.



Il consigliere Nicolodi fa presente che il suo partito si asterrá dal voto, avendo esso a suo tempo sottoscritto l'accordo di coalizione ed essendo in seguito uscito dalla Giunta. Egli sottolinea che é compito dell'opposizione indicare quanto é stato realizzato e quanto non é stato fatto.

In riferimento a quanto rilevato dal consigliere Erschbaumer in merito all'ufficio stampa del Consiglio e della Giunta, il Presidente Molygoni sottolinea che il Consiglio non puó rispondere per il carente funzionamento dell'ufficio stampa della Giunta. In ogni caso egli voterá contro la mozione.

A questo punto il consigliere Erschbaumer prende la parola come rappresentante del suo gruppo. Dopo aver ringraziato quanti sono intervenuti nella discussione, egli osserva che la Giunta non avrebbe dovuto inserire nell'accordo di coalizione programmi che essa non é in grado di realizzare in base alle sue competenze.

Dato che nessuno chiede piú la parola, il consigliere Erschbaumer rinuncia alla possibilitá di replicare per 10 minuti, prevista dal Regolamento interno.

Posto in votazione, la mozione viene respinta a maggioranza con 1 voto favorevole, 17 voti contrari e 3 astensioni.

Punto 15) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 234/78/bis: "Autorizzazione all'esercizio della professione di ostetrica con titolo conseguito all'estero".

Il consigliere Nicolodi chiede la parola sul Regolamento interno. Egli invita la presidenza a provvedere acché in caso di ripresentazioni di disegni di legge respinti dal Governo venga riportato il testo originario sulla colonna sinistra e le modifiche a fianco sulla colonna destra, affinché i consiglieri possano individuare con facilitá eventuali innovazioni.

Il consigliere Nicolodi si richiama inoltre all'art. 37 del Regolamento interno ed osserva che in caso di reelezione di una legge ai sensi dell'art 57 del testo unico delle leggi costituzionali dello Statuto di autonomia, il Presidente é tenuto a inviare il provvedimento alla Commissione competente e che non spetta piú alla Giunta redarre la relazione accompagnatoria, come spesso erroneamente accade.

Al riguardo il consigliere Dubis sottolinea che il disegno di legge é stato approvato all'unanimitá dalla Commissione legislativa competente nella versione proposta dalla Giunta e che non condivide quanto sostenuto dal consigliere Nicolodi.

Il consigliere Nicolodi ribadisce che la relazione a un disegno di legge che viene ripresentato deve essere predisposta sempre dal Presidente della Commissione, come del resto é prassi in Regione,

Spetta poi alla Commissione prendere atto o meno di una relazione dell'Assessore competente e farla propria; in ogni caso la prassi finora seguita in seno al Consiglio provinciale non é conforme al Regolamento interno.

Dopo un intervento dei consiglieri Neuhauser, Dubis e Erschbaumer, non viene data lettura della relazione della Giunta.

Nella sua relazione orale il consigliere Bertorelle comunica che il disegno di legge é stato approvato all'unanimitá dalla Commissione legislativa competente.

Il passaggio alla discussione articolata viene approvato all'unanimitá.


Art. 1: il consigliere Stecher sottolinea che il suo partito aveva già votato a favore del provvedimento in sede id prima trattazione e che in questo caso si tratta praticamente della ripresentazione dello stesso provvedimento.

Gli artt. 1 e 2 vengono approvati all'unanimitá.


In sede di votazione segreta il disegno di legge nel suo complesso viene approvato con 26 voti favorevoli su 26 votanti.

La seduta termina alle ore 12.25.

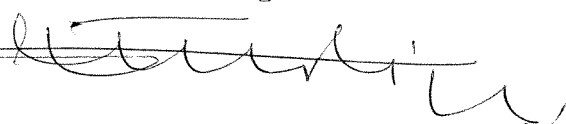
I SEGRETARI:

- Rosa Franzelin-Werth - 

- Avv. Anselmo Gouthier - (assente)

- Toni Kiem - 

IL PRESIDENTE:

- Prof. Decio Mognoni - 

/tr

-----